

**P1-177: Innenministerien grün besetzen!**

Antragsteller\*innen René Adiyaman

**Von Zeile 176 bis 180:**

Menschen, die von nun an Tag für Tag überwacht werden und ständig aufgezeichnetes Videomaterial jedem Missbrauch offenstehen. ~~Mehr Polizei auf den Straßen kann derartige Kriminalitätsschwerpunkte besser auflösen. Eine derartig gesteigerte Polizeipräsenz macht aber nur Sinn, wenn die Justiz angemessen schnell arbeitet und Verhandlungen zügig nach der Festnahme beginnen können.~~ Straftaten werden oft gerade dort ausgeführt, wo Sicherheitsvorkehrungen niedriger, die Wahrscheinlichkeit, dass angezeigt und verfolgt, sowie aufgeklärt wird, geringer ist. Daher setzen wir uns dafür ein, dass den Menschen Unterstützung bei Absicherung der eigenen Wohnung durch Alarm-Systeme sowie andere Maßnahmen kostenlos angeboten werden.

**Begründung**

Es ist nicht nur nicht erwiesen, dass mehr Polizei auch mehr Straftaten aufklärt, zu mehr Sicherheit oder auch nur einem größeren Sicherheitsgefühl beitragen kann, Kriminolog\*innen wie Prof. Thomas Feltes sind sogar der Ansicht, dass mehr Polizeipräsenz erst zu mehr Straftaten führen wird, da das Provokationspotenzial, wenn man sich von der Polizei überwacht fühlt, Auswirkungen auf das Verhalten habe, so gesehen wäre sogar die Videoüberwachung noch sinnvoller als die gesteigerte Polizeipräsenz. Weiterhin würde auch mehr Polizeipräsenz nur dazu führen, dass Menschen sich in andere Städte, Stadtteile etc. verlagern, wo es einfacher ist, Straftaten auszuführen: Am Ende leiden die Menschen darunter, die nicht ständig Anzeige erstatten, wo nicht so viel Sicherheitsmaßnahmen als verhältnismäßig angesehen werden, da immer dort die Präsenz verstärkt wird, wo der Schaden am größten war, oder ein großer Schaden prognostiziert wird.

Aus Artikel 14 und Artikel 3 Abs. 1 GG folgt jedoch, dass der Staat die Verpflichtung hat, in gleicher Weise Präventionsmaßnahmen einzuleiten hat. Solange es kein probates Mittel gibt, um alle Wohnviertel Deutschlands gleich zu bauen und auszustatten, ist der Staat diesbezüglich, aber auch, was andere Straftaten als Einbrüche angeht, in der Pflicht.